

Klima und Energie

1. Bundessolargesetz

Formulierungsvorschlag

„Um den Ausbau der Solarenergie auf Dächern zu beschleunigen und zu vereinfachen, werden wir ein Bundessolargesetz verabschieden. Dieses wird transparent und nachvollziehbar unterschiedliche Landesvorgaben vereinheitlichen, ohne die bisherigen landesgesetzgeberischen Bemühungen zu untergraben.“

Hintergrund

- Die Europäische Gebäuderichtlinie (EPBD) schreibt eine schrittweise Ausstattung von Neu- und Bestandsbauten, sowie Parkplätzen mit PV-Anlagen vor. Zur Erfüllung dieser europarechtlichen Verpflichtung und gleichzeitigem Heben der großen Potenziale für Gebäude-PV braucht es ein bundeseinheitliches Gesetz, welches ambitionierte Bundesländer, die bereits mit eigenen Regelungen vorangeschritten sind, nicht bremst und bestraft.

2. Naturschutzkriterien für Solarparks

Formulierungsvorschlag

„Wir verbessern die Mehrnachnutzung von Flächen, entbürokratisieren Verfahren und erhalten Arten und Lebensräume bei der Energieerzeugung von Solarenergie, in dem wir die Naturschutzkriterien für Solarparks weiterentwickeln. Dabei legen wir einen einheitlichen und wirksamen Standard für alle Anlagen fest.“

Hintergrund

- Die mit dem Solarpaket I beschlossenen Naturschutzkriterien für förderfähige Solarparks waren ein wichtiger erster Schritt, um Naturschutz und Solarenergie zu vereinen und ein "Level-Playing-Field" herzustellen. In der praktischen Anwendung zeigten sich aber noch Ungereimtheiten, die dringend nachgebessert werden sollten.

3. Bundesweites Datenportal

Formulierungsvorschlag

„Gute Umweltdaten sind ein Planungsbeschleuniger und Beitrag zum Bürokratieabbau. Daher treiben wir den Aufbau eines umfassenden und detailliertem bundesweiten Datenportals zu Artvorkommen und -verbreitung in Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern voran.“

Hintergrund

- Durch den Wegfall von Datenerhebungen zu Artvorkommen im Zuge von Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen (durch die EU-Notfallverordnung und zukünftig REDIII) sind Behörden zunehmend auf eine gute bestehende Datengrundlage angewiesen, um fundierte und rechtssichere Entscheidungen treffen zu können. Bleibt es – wie bisher – bei teilweise

stark veralteten und unvollständigen Daten drohen durch Verunsicherungen über den Umgang und schlimmstenfalls Rechtsverfahren Verzögerungen für den Ausbau der Windenergie. Das Portal soll für Vorhabenträger und Behörden Planung und Genehmigung von Infrastrukturvorhaben erleichtern und treibt gleichzeitig die Digitalisierung in Behörden voran.

4. Genehmigung von Windenergieanlagen

Formulierungsvorschlag

„Wir werden unsere natürlichen Lebensgrundlagen bei Planungen von Infrastrukturvorhaben ausreichend beachten. Wir erarbeiten deshalb nachvollziehbare, wirksame und fachlich begründete Umweltschutzstandards für die Genehmigung von Windenergieanlagen. Gleichzeitig setzen wir uns auf EU-Ebene für die Beibehaltung bzw. Wiederherstellung eines hohen Schutzniveaus für Arten und Lebensräume im Zusammenhang mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien ein.“

Hintergrund

- Durch gute Standardisierungen im Umweltbereich wird bürokratischer Aufwand verringert, Verfahren beschleunigt und gleichzeitig natürliche Lebensgrundlagen besser geschützt. Um diese Effekte erzielen zu können, müssen die Standards in der Praxis gut anwendbar sein. Dafür braucht es Nachvollziehbarkeit, Wirksamkeit und ein solides fachliches Fundament.

5. Nationale Biomassestrategie

Formulierungsvorschlag

„Um die naturverträglich vorhandene Biomasse klug einzusetzen, werden wir die Nationale Biomassestrategie finalisieren. Die in den Eckpunkten formulierten Zielkonflikte werden wir durch konkrete und zügig umgesetzte Maßnahmen auflösen.“

Hintergrund

- Das nachhaltig verfügbare Potenzial an Biomasse ist begrenzt. Da künftig auch die zunehmend ohne CO₂-intensive Grundstoffe auskommende Chemie-, Industrie- und Baubranche auf nachwachsende Rohstoffe angewiesen sein wird, braucht es eine aktiv lenkende nationale Biomassepolitik, um eine Übernutzung der Ökosysteme zu verhindern und die Nutzungszwecke zu priorisieren, in denen Alternativen für die Defossilisierung fehlen.

6. RED III-Umsetzung

Formulierungsvorschlag

„Wir setzen auch die neuen Vorgaben aus der EU-Verordnung REDIII um, die eine Verbesserung der Kaskadennutzung von Holz vorsieht und Einschränkungen für die Förderung der Holzverbrennung verlangt.“

Hintergrund

- Die RED III muss eigentlich bis 21.5.2025 in nationales Recht implementiert sein. Sie enthält das Kaskadenprinzip und Einschränkungen bei der Förderung von Holzverbrennung, darunter ein Verbot von neuen Subventionen für Holzkraftwerke.

7. CO₂-Bepreisung für Verbrennung von Holz

Formulierungsvorschlag

„Wir prüfen eine generelle CO₂-Bepreisung für die Emissionen aus der Verbrennung von Holz in großen und mittelgroßen Anlagen.“

Hintergrund

- Die Nachfrage nach Energieholz wird absehbar die inländisch verfügbaren Potenziale übersteigen. Zudem fungiert der Wald seit einigen Jahren nicht mehr als CO₂-Senke und die im KSG verankerten LULCUF-Ziele sind unerreichbar, wenn nicht gegengesteuert wird. Ein nationaler CO₂-Preis auch auf die Emissionen aus der Verbrennung von Holz würde als marktwirtschaftliches Instrument dienen, um die Holznachfrage einzudämmen. Zur Vereinfachung der Einführung sollte zunächst auf größere Anlagen fokussiert werden, die ohnehin im ETS erfasst werden müssen. Anders als im ETS sollten jedoch die CO₂-Emissionen unabhängig von Nachhaltigkeitsnachweisen bepreist werden.

8. „Ökobonus“ für Biogasanlagenbetreiber

Formulierungsvorschlag

„Wir werden Biogasanlagenbetreiber beim Umstieg auf naturverträgliche Substrate mit einem „Ökobonus“ unterstützen. Neue Biogasanlagen sollen nur noch beim Einsatz von Rest- und Abfallstoffen gefördert werden. Die Anreize zum flexiblen Betrieb werden wir beibehalten.“

Hintergrund

- Bestehende Anlagen kommen ohne Anbaubiomasse kaum aus. Ein Ökobonus könnte helfen, um die geringeren Erträge gegenüber Mais auszugleichen. Biomasse sollte nur zur Lastspitzenabsicherung eingeplant werden: Flexible Biogas/-methan-Blockheizkraftwerke sind hierzu besser geeignet als Holzheizwerke.

9. Biomasse in Wärmenetzen

Formulierungsvorschlag

„Bei der Verwendung von Biomasse in Wärmenetzen muss das langfristig regional nachhaltig verfügbare Potenzial berücksichtigt werden und sie darf nur nachrangig eingeplant und eingesetzt werden. Der Biomasseanteil in Wärmenetzen bleibt weiterhin gedeckelt. Neue oder umgerüstete große Holz-Heiz(kraft)werke sind nicht nachhaltig.“

Hintergrund

- Zahlreiche Beispiele zeigen, dass Betreiber, Städte und Kommunen oft mit Holzmengen planen, die weit über den in der Region (langfristig) vorhandenen Potenzialen liegen. Die o.g. Maßnahmen sind daher unbedingt nötig, sonst drohen Umweltschäden im Ausland durch Importe, Preissprünge in der Fernwärme und Versorgungsengpässe.

10. BECCS

Formulierungsvorschlag

„Wir werden die Rolle der natürlichen Kohlenstoffsinken stärken und dafür sorgen, dass der Hochlauf von technischen CDR-Methoden (v.a. BECCS) diese nicht gefährdet.“

Hintergrund

- Es drohen fatale und klimaschädliche Fehlanreize, wenn es lukrativer ist Holz und Anbaubiomasse in BECCS-Anlagen zu verbrennen, zu verkohlen – oder gar in der Erde zu vergraben - als Wälder und Moore als CO₂-Speicher und Ökosysteme zu erhalten und zu stärken. Hier ein Gleichgewicht zu finden, dass den notwendigen Hochlauf der technischen CDR-Methoden erlaubt, ohne den natürlichen Senken zu schaden, wird eine große Herausforderung der nächsten Jahre sein.

11. Gebäudeenergiegesetz

Formulierungsvorschlag

„Das Gebäudeenergiegesetz werden wir reformieren, aber nicht abschaffen. Biomasse-heizungen sollten nur eingebaut werden, wenn Alternativen nicht zur Verfügung stehen. Die BEG-Förderung für Biomasseheizungen werden wir auf Härtefälle beschränken.“

Hintergrund

- Das GEG sorgt für Planungssicherheit und ist zentral für das Erreichen der Klimaziele im Gebäudesektor. Biomasseheizungen sind aufgrund begrenzter nachhaltiger Holzmenge nur eine Nischenlösung. Sie sollten nur eingebaut werden können, wenn Alternativen nachweislich nicht zur Verfügung stehen oder mit erheblichen finanziellen Zumutungen verbunden wären.

12. Dekarbonisierung von Wärmenetzen

Formulierungsvorschlag

„Wir werden die Dekarbonisierung von Wärmenetzen auskömmlich finanzieren und dazu die BEW über die Legislatur mit 4 Mrd. € pro Jahr ausstatten.“

Hintergrund

- Die BEW-Förderung ist zentral, um die Fernwärmeversorgung zu dekarbonisieren. Sie muss daher dringend erhöht werden, sonst gerät die Wärmewende ins Stocken. Ein Bündnis aus 19 Verbänden, darunter dem VKU und dem BDEW forderte kürzliche eine Erhöhung um 3,4 Mrd. € pro Jahr – eine Größenordnung, die angesichts der Herausforderungen realistisch erscheint.

13. Klimaschutzgesetz

Formulierungsvorschlag

„Das Klimaschutzgesetz werden wir wieder reformieren und die Verantwortlichkeit der einzelnen Ministerien für das Erreichen der Klimaziele wieder einführen.“

Hintergrund

- Die Reform des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2024 ist ein Rückschritt für den Klimaschutz. Die Verantwortlichkeit der einzelnen Ministerien für das Einhalten der Klimaziele in ihren Sektoren muss wieder gewährleistet werden. Sie sorgt für eine kohärente Klimapolitik.

14. Finanzierung von Klimaschutz

Formulierungsvorschlag

„Die Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds werden wir so nachhaltig gestaltet, dass das Erreichen der Klimaziele gewährleistet werden kann. Ein Klimageld werden wir 2025 einführen. Alle Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir wieder in den Klimaschutz fließen lassen. Der gesamte Bundeshaushalt wird langfristig nach dem Prinzip des Green Budgeting gestaltet.“

Hintergrund

- Die nachhaltige Finanzierung von Klimaschutz und der Energiewende ist eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Ausreichende Investitionen in den Klimaschutz könnten etwa durch eine Reform der Schuldenbremse sichergestellt werden. Das Klimageld ist bereits vorbereitet und stärkt die Akzeptanz von Klimapolitik. Der Emissionshandel ist ein zentrales Werkzeug der Klimapolitik, weshalb alle Einnahmen auch wieder in den Klimaschutz fließen sollten. Das Prinzip Green Budgeting sorgt für eine langfristige Ausrichtung des Bundeshaushalts anhand nachhaltiger Kriterien.